

DIE LINKE zur Wahl – Original sozial!

Die Landtagswahl in Hessen war erfolgreicher Auftakt für DIE LINKE in das Superwahljahr 2009. Mit den anstehenden Entscheidungen in mehreren Kommunal- und Landtagswahlen, den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Bundestag werden langfristige Weichen gestellt.

2009 wird ein Jahr der Richtungsentscheidungen.

Die Politik hat in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bereits verloren gegangener Sprache zurückgefunden, staatliche Steuerung statt radikaler Marktgläubigkeit sei jetzt wieder an der Tagesordnung. Aber Umdenken, wenn es denn ernst gemeint ist, kann nur der erste Schritt sein, **DIE LINKE will auch spürbar handeln.** Nachhaltiges Gegensteuern wird allerdings nur gelingen, wenn die Ursachen der Krise, vor allem die in den letzten Jahren forcierte Deregulierung des Finanzmarktes, angegangen werden.

DIE LINKE fordert ein zusätzliches **Landeskonjunkturprogramm**, das den speziellen Lagen und Bedürfnissen in Sachsen-Anhalt gerecht wird. Wir sehen unsere Aufgabe vor allem darin, in der aktuellen Krise die Interessen der von Löhnen und Sozialleistungen lebenden Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Der Anteil von Geringverdienern, auf Transferleistungen Angewiesenen und Rentnern ist in Sachsen-Anhalt besonders hoch. Diesen Bevölkerungsgruppen nutzen Steuererleichterungen und Abwrackprämien wenig bis nichts. Wir halten deshalb die Ergänzung des Konjunkturprogramms des Bundes, das vor allem auf die Stützung bestimmter Branchen zielt, für notwendig. Unsere Vorschläge zielen sowohl auf eine Verbesserung der finanziellen Situation von Familien und einkommensschwachen Menschen als auch der Kommunen.

Am 7. Juni 2009 finden in Sachsen-Anhalt die Kommunal- und Europawahlen statt. Wir wollen durch unseren klaren Schwerpunkt auf solidarische und gerechte Politik möglichst viele Menschen motivieren, sich an den Wahlen und damit an den Entscheidungen über ihre Zukunft zu beteiligen.

DIE LINKE steht für den Politikwechsel hin zu solidarischer Verantwortung und Gerechtigkeit, für ein Leben in Würde, für gute Arbeit und gute Löhne, gegen Hartz IV und gegen die Rente erst ab 67, für eine ökologische Erneuerung und mehr demokratische Teilhabe.

Europa und die Kommune sind als politische Ebenen längst nicht mehr unabhängig voneinander. Energie- und Wasserversorgung, Preise und Gebühren, Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinien, Verbraucherschutz und Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft – all das hat konkrete Auswirkungen auf die Situation vor Ort. Europäische Politiken wirken tief in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. In der Kommune genauso wie im Land und im Bund. **DIE LINKE kämpft für gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen, in Sachsen-Anhalt und in Europa insgesamt.** Wir sehen unsere Arbeit im europäischen Parlament, im Bundestag, den Landtagen und in der Kommune als eine Einheit.

DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die sich zu zivilen Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet, eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle verankert, eine Verfassung, die die Umwelt und Kultur schützt, eine Verfassung, die wirtschaftlich neutral ist und die soziale Rechte verankert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Unser Nein zum Vertrag von Lissabon war die Ablehnung von ungebremster Wirtschafts deregulierung, Militarisierung und aggressiver Abschottungspolitik.

Alternative Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt

Perspektiven zum „Hier bleiben“

Kein anderes Bundesland ist so stark von Abwanderung betroffen wie Sachsen-Anhalt. Fast eine Million Bürgerinnen und Bürger haben Sachsen-Anhalt seit 1990 verlassen, unterm Strich bleibt ein Wanderungsverlust von knapp 250.000 Menschen. Dies betrifft zum großen Teil junge und gut qualifizierte Menschen, vor allem junge Frauen. Der demografische Wandel vollzieht sich hier

besonders rasch. Unter diesen Bedingungen hat für uns eine Politik Vorrang, die ermöglicht, dass mehr Menschen **hier leben und arbeiten** können.

Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer verlassen nach ihrem Studium unser Bundesland, weil keine Stelle für sie zur Verfügung steht. Dabei droht in wenigen Jahren Lehrermangel in Sachsen-Anhalt – eine absurde Situation. DIE LINKE kämpft im Landesparlament für einen **verbreiterten Einstellungskorridor im öffentlichen Dienst**. Sachsen-Anhalt braucht Lehrer, Verwaltungsfachkräfte und Polizisten – Absolventen und Fachleute brauchen eine Perspektive, um ihr Leben hier aufbauen zu können. DIE LINKE hält es für erforderlich, für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 Einstellungen in den öffentlichen Dienst vorzuziehen und somit 700 Neueinstellungen pro Jahr zu ermöglichen.

Demokratie in der Krise

Wir wollen die Demokratie stärken – wir setzen gerade in der Krise auf die lebendige und tolerante Bürgerkommune. **Politische Beteiligung heißt soziale Beteiligung**, das soziale Auseinanderdriften einer Gesellschaft bedroht auch deren demokratisches Gefüge. Beteiligung muss man sich leisten können, ob das den Kita-Platz, die Zeitung und die Bibliotheksnutzung, Fahrtkosten oder Theaterkarten betrifft. Das demokratische Gefüge braucht Mündigkeit. Menschen, die sich ohnmächtig gegenüber politischen Entscheidungen fühlen, werden sich kein Bein für eine Demokratie ausreißen, von der sie sich selbst nicht repräsentiert fühlen.

Für die Einführung des **Bürgerhaushaltes** wirbt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt. Das gemeinsame, bürgerschaftliche Entscheiden über die Budgets einer Kommune ist mehr als das Verwalten des Mangels und mehr als ein Haushalt, den man im Internet lesen kann. Es geht um die Diskussion von Prioritäten und Notwendigkeiten, auch und gerade um **Druck für Veränderung**. Leere Kassen lassen sich nicht verwaltungstechnisch bekämpfen, sie müssen zu einer anderen Politik führen. Wir wollen im Bund konjunkturunempfindliche Abgaben wie die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer und die Börsenumsatzsteuer erhöhen. Solche Maßnahmen sind keine Luftschlösser, sondern sie würden die deutsche **Steuer- und Abgabenquote wieder auf den EU-Durchschnitt** heben. Für uns ist der Bürgerhaushalt ein Baustein zu einer Demokratisierung der Gesellschaft, die auf mehr Instrumente der direkten Demokratie vertraut. Über eine Verfassung der Europäischen Union müssen Bürgerinnen und Bürger direkt per Volksentscheid auch in Deutschland entscheiden können.

Die von CDU und FDP in der letzten Legislaturperiode durchgesetzte Kreisgebietsreform hatte vorgeblich auch eine effizientere Verwaltung zum Ziel. Keine Gebietsreform ohne Funktionalreform hieß es. Hier hat die jetzige Landesregierung in Sachsen-Anhalt auf ganzer Strecke versagt.

Die Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte hat sich von 24 auf 14 verringert. Größere Verwaltungseinheiten können aber auch bedeuten, dass Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort beschnitten werden. Dieser Umbau erfordert daher ein hohes Engagement von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, dem durch eine **Verbesserung der Bedingungen für ehrenamtliche Arbeit** und die **Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung** Rechnung getragen werden muss.

Wir setzen uns für die Förderung und Unterstützung einer pluralen Vereins- und Verbandslandschaft ein. Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck einer sozialen Bürgergesellschaft. Im Rahmen der Neuordnung der Sportförderung setzen wir uns dafür ein, dass vor allem die Arbeit der Vereine vor Ort gestärkt wird, insbesondere sind die Bedingungen für Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu verbessern.

Armut bekämpfen!

DIE LINKE findet sich nicht damit ab, dass Menschen in Armut leben. Gute Arbeit, gute Rente – für viele hier nach 20 Jahren deutscher Einheit keine Realität. Vor allem Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Rentnerinnen sind von Armut betroffen, ein fataler Befund in einer älter werdenden Gesellschaft. DIE LINKE ist für ein Landesprogramm, das die Mittel für **Familien- und Sozialpässe** konsequent an die Kommunen ausreicht. Die Unterstützung der Familien muss dort geschehen, wo diese leben. Vor Ort kann am besten über die Vergünstigungen für den Besuch der Schwimmhalle, der Bibliothek oder des Museums entschieden werden. **Sozialtickets** sollten über Ermäßigungen die Benutzung von Bus und Bahn für alle ermöglichen.

Die Kommunen brauchen flexiblere Möglichkeiten bei der Gestaltung **sozial gerechter Kita-Beiträge** ohne großen Verwaltungsaufwand. Hier ist die Änderung des Landesrechtes notwendig. Viele Kinder sind zudem aus finanziellen Gründen von einer Mittagsversorgung an den Kindertagesstätten und Schulen ausgeschlossen. DIE LINKE fordert darum eine **Kostenübernahme für Kindertagesstätten und Grundschulen** durch das Land.

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einer schnellstmöglichen Befreiung aller Schülerinnen und Schüler von den Kosten der Schülerbeförderung.

Ausgewogene Entwicklung in allen Regionen

DIE LINKE kämpft für **gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Sachsen-Anhalt**, für Familienförderung und soziale Beratungsnetze, eine gute medizinische Versorgung und kulturelle Angebote auch in ländlichen Räumen, für einen leistungsfähigen Nahverkehr.

Im Mittelpunkt steht für uns die **Zukunft der Öffentlichen Daseinsvorsorge**. Dies muss unter den Bedingungen einer älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung realisiert werden. Mit der Planung der Schulstandorte, der Ausstattung mit sozialen und kulturellen Einrichtungen, von ausreichender medizinischer Versorgung und eines nutzerfreundlichen öffentlichen Nahverkehrs und der Herstellung von Barrierefreiheit muss bereits heute begonnen werden. DIE LINKE stellt im Jahr 2009 auf zahlreichen regionalen Foren sowie in Fachgesprächen mit Experten und Betroffenen ihr „Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge“ zur Diskussion. Wir müssen gemeinsam entscheiden, wofür öffentliche Mittel in den nächsten Jahren eingesetzt werden sollen. Wir wollen die Sachsen-Anhalter aktiv an der Entscheidung über unser Land beteiligen.

Unser Maßstab für die Landesentwicklung ist der Mensch. Die Entfernungen zur nächsten Einkaufsmöglichkeit bewertet z.B. ein gut verdienender Alleinstehender anders als eine Hartz-IV-Empfängerin. Frauen und Männer fragen unterschiedliche kulturelle Angebote nach, unterschiedliche Generationen haben unterschiedliche Interessenschwerpunkte. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse die Rede ist.

Eine neue Gemeindefinanzierung!

DIE LINKE geht von einem Zusammenspiel aus Ober- und Mittelzentren und grundzentralen Versorgungsräumen aus. Die zwei zusätzlichen Oberzentren Halberstadt und Stendal sollen gemeinsam mit den jetzigen - Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau - eine ausgewogene Entwicklung aller Regionen ermöglichen. Gleichzeitig sollten die neu gebildeten Einheitsgemeinden als grundzentrale Versorgungsräume eigenständig über ihre (Verwaltungs-)Strukturen bestimmen. Politik darf hier nicht überregulieren.

Überragende Bedeutung kommt der Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs zu. Für DIE LINKE erfordert die Aufgabenerfüllung in der Kommune zunächst eine **finanzielle Grundausrüstung (Sockelbetrag), die nicht an der Einwohnerzahl allein festzumachen ist.**

In den vergangenen Jahren hat sich der Landeshaushalt im Wesentlichen auf Kosten der Gemeinden stabilisiert, damit muss Schluss sein. Der Verkauf von kommunalem Eigentum darf nicht mehr als Mittel der Haushaltskonsolidierung gelten. Dennoch sind die Finanzsorgen der Städte und Gemeinden real. Die geplanten Hilfen für **kommunale Investitionen** im Konjunkturprogramm des Bundes geraten zur Farce, wenn die finanzschwachen Kommunen zu einem Eigenanteil gezwungen werden. Darum muss sich das Land zu seiner Kofinanzierungspflicht bekennen und auf Anteile der Kommunen weitgehend verzichten. DIE LINKE plädiert daneben für eine unbürokratische Pauschalierung dieser Mittel ähnlich der herkömmlichen Invest-Pauschale.

Investition in Innovation!

Die gegenwärtige Situation zeigt: Eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung ist immer noch in weiter Ferne. Hinzu kommt, dass Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, in der Zeitarbeit und im Niedriglohnsektor zu den ersten Verlierern in der Rezession gehören. DIE LINKE kritisiert seit Langem die Niedriglohnpolitik, die die Bundesregierung in den ostdeutschen Ländern forciert hat.

DIE LINKE hat deshalb zusammen mit den Gewerkschaften die Diskussion über die **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes** initiiert. Wir sind auch für einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Beschäftigungspolitik. Die Mittel für Maßnahmen im Regelkreis SGB II wollen wir zur Schaffung

existenzsichernder und sozialversicherungspflichtiger öffentlicher Beschäftigung, wie dem Kommunalkombi mit Mindestlohn einsetzen. Mit entsprechender Landesbeteiligung können nach unseren Berechnungen **2.500 Arbeitsplätze** geschaffen werden.

Öffentliche Aufträge sollten nur an Unternehmen gehen, die **Tariflöhne** zahlen. Um dies durchzusetzen, ist eine einheitliche Regelung auf europäischer Ebene notwendig. Kommunale Unternehmen sind für die öffentliche Daseinsvorsorge unerlässlich. Ihre Wettbewerbschancen wurden – maßgeblich durch CDU und FDP vorangetrieben – seit 2002 im Land eingeschränkt. DIE LINKE hat darum im Landtag ein Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle kommunalen Unternehmen eingebracht.

Investitionen der öffentlichen Hand müssen sich auf die Bereiche konzentrieren, die langfristige Effekte für das Gemeinwohl garantieren. **Wer jetzt in den Bildungsbereich und in ökologische Erneuerung investiert, fördert Zukunft.** Sachsen-Anhalt als Hochschulstandort ist wie geschaffen für innovative Forschungsvorhaben und eine Ansiedlungspolitik, die auf umweltschonende und zukunftsfähige Technologien setzt.

Bildung für alle!

DIE LINKE kämpft für ein gerechtes Bildungssystem, das die Fähigkeiten und Potenziale jeder Schülerin und jedes Schülers, der Auszubildenden und der Studierenden ernst nimmt. Chancen von Kindern dürfen im 21. Jahrhundert nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen bessere Chancen von Anfang an, **ganztägige Bildung muss für alle Kinder in Kindertagesstätten** ermöglicht werden. Parallel dazu wollen wir die Akademisierung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern erreichen.

DIE LINKE wirbt für die Gemeinschaftsschule. Die soziale Spaltung durch das dreigliedrige Schulsystem ist nicht nur ungerecht, sie wird dem Einzelnen nicht gerecht, sie beschneidet Erfahrungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Es darf keinen jungen Erwachsenen mehr ohne Bildungsabschluss geben. Im Rahmen der Konjunktur belebenden Maßnahmen schlägt DIE LINKE vor, an alle Schulträger einmalig eine Pauschale von 50 Euro pro Schüler zur Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln auszureichen. Damit könnten kurzfristig dringend benötigte Investitionen in die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen des Landes getätigt werden.

Wir wollen bessere und stabile Studienbedingungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts. Für alle zugänglich sind sie nur, wenn das **Studium gebührenfrei** bleibt. Die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master haben die großen Probleme der Hochschulen offenbart. Sie können die nötige intensive Betreuung der Studierenden unter den jetzigen Voraussetzungen nicht leisten. Die damit unter dem Stichwort Bolognaprozess angestrebte Harmonisierung der europäischen Studienabschlüsse bleibt so im Moment mehr Experiment auf dem Rücken der Studierenden und des Hochschulpersonals als Konzept. **Hier muss investiert werden**, vor allem in eine bessere Lehre durch Stärkung des akademischen Mittelbaus, in Hochschuldidaktik, in einen höheren Betreuungsschlüssel zwischen Dozenten und Studierenden. Die demokratischen Mitbestimmungsrechte müssen in allen Bildungsbereichen, insbesondere an den Hochschulen, gestärkt werden. Die Verbesserung von wissenschaftlichen Berufsperspektiven von Frauen wäre ein Angebot gegen die Abwanderung gut qualifizierter Akademikerinnen.

Wählen gehen am 7. Juni 2009 - Keine Stimme für Nazis!

Eine geringe Wahlbeteiligung hilft den Rechten. Schon wenige Stimmen reichen gerade auf der kommunalen Ebene bereits für zweifelhafte Erfolge. Ihr Griff in die nationalistische Mottenkiste der Vergangenheit bedeutet damals wie heute Gewalt und Ausgrenzung. Es gilt zu verhindern, dass sich die Rechten weiter in den kommunalen Gremien breitmachen, dass auch noch der Gemeinderat zur rechtsextremen Bühne wird – für Beleidigung, Provokation und maßlose Selbstdarstellung durch die Rechten.

Gleichzeitig ist die Kommune zentraler Handlungsort gegen Rechts. Keine Vermietung kommunaler Räumlichkeiten an Neonazis, keine Diskussionsveranstaltungen mit Rechtsextremen, keinerlei parlamentarische Zusammenarbeit mit ihnen, stattdessen Schutz und Hilfe für Opfer fremdenfeindlicher Angriffe, Aufbau von Jugendarbeit, Sozialberatung, multikulturellen Zentren, Erhalt und Pflege antifaschistischer Gedenkstätten und die offensive Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut – **Kommunalpolitik der LINKEN steht gemeinsam mit vielen anderen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.**

Die Förderprogramme gegen Rechts mit ihren lokalen Aktionsplänen müssen über das Auslaufdatum 2010 hinaus verstetigt werden.

Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie!

Das Wahljahr 2009 ist zugleich ein großes Gedenkjahr, auch an die bedeutenden gesellschaftlichen Umwälzungen 1989. Die politische Konkurrenz wird sich mühen, DIE LINKE mit Verweis auf Geschichte und historische Verantwortung mit Pauschalierungen zu diffamieren. Wir legen geschichtsbewusst die Priorität auf die Probleme der Gegenwart. 20 Jahre nach der Wende wird sich die Bundesrepublik fragen müssen, wie sie Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Kapitalismus verbunden hat.

Der Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Hoffnung auf eine friedliche Nachkriegsordnung nach 1945 und die Lehren aus dem Scheitern des Realsozialismus kennzeichnen DIE LINKE. Die Verbundenheit von Freiheit und Gleichheit verpflichtet die heutige LINKE zur demokratischen Kraft, die um gesellschaftliche Mehrheiten kämpft.

Ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen, bleibt das Ziel der LINKEN und vieler Menschen in diesem Land, denen wir eine politische Stimme geben wollen.